

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Mag. Wolfgang SOBOTKA
Parlament
1017 Wien

22. März 2019

GZ. BMEIA-AT.90.13.03/0025-I.3/2019

Die Abgeordneten zum Nationalrat Ing. Maurice Androsch, Kolleginnen und Kollegen haben am 24. Jänner 2019 unter der Zl. 2665/J-NR/2019 an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Verhinderung der Nominierung eines EU-Gemeinderats“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu Frage 1:

Mit Zeitpunkt der Anfrage zählte die Initiative 1.075 Mitglieder. Die Mitgliederzahlen aufgeschlüsselt nach Bundesländern und Bezirken sind in der Beilage aufgelistet.

Zu Frage 2:

Die Gemeinden werden generell sowie aus gegebenen Anlässen durch direkte Kontakte, durch die Kooperation mit dem Österreichischen Gemeindebund oder via Medienkooperationen über das Projekt der Europa-Gemeinderätinnen und Gemeinderäte informiert. Informationsmaßnahmen wurden etwa im Zuge des 65. Österreichischen Gemeindetages in Dornbirn gesetzt, durch Publikationen im kommunalen Fachmagazin „Kommunal“ (ergeht an 35.000 Kommunalpolitiker und Entscheidungsträger in den österreichischen Gemeinden), dem Gemeindemagazin „public“ (ergeht an alle Entscheidungsträger der öffentlichen Verwaltung in Österreich) oder der Österreichischen Gemeindezeitung (Publikation des Österreichischen Städtebundes). Insbesondere wurde im Rahmen der 5. Generalversammlung für Europa-Gemeinderätinnen und Gemeinderäte am 16. November 2018 die Zusammenarbeit mit dem Österreichischen Gemeindebund durch die Unterzeichnung eines „Memorandum of Understanding“ auf eine neue Stufe gehoben.

Zu Frage 3:

Im Hinblick auf die bevorstehende Wahl zum Europäischen Parlament (EP) finden intensiviert Informationsveranstaltungen und Seminare für und mit Europa-Gemeinderätinnen und Europa-Gemeinderäten in Wien und den Bundesländern statt, in enger Kooperation mit dem Verbindungsbüro des EP in Österreich. Auch die bevorstehende Brüssel-Reise mit 25 Europa-Gemeinderätinnen und Europa-Gemeinderäten (10. - 12. April 2019) fokussiert maßgeblich auf

die EP-Wahl. Die diesbezüglichen Aktivitäten, insbesondere die Medien- und Öffentlichkeitsarbeit, haben auch die Bewerbung der Funktion des Europa-Gemeinderats/der Europa-Gemeinderätin zum Ziel.

Zu den Fragen 4 und 8:

Seitens des Bundesministeriums für Europa, Integration und Äußeres (BMEIA) entstehen den Gemeinden keine Kosten.

Zu Frage 5:

Auf der interaktiven Plattform haben sich insgesamt 749 Europa-Gemeinderätinnen und Europa-Gemeinderäte registriert (Stand: 15. März 2019).

Zu den Fragen 6 und 7:

Bisher nahmen 552 Europa-Gemeinderätinnen und Gemeinderäte an Informationsreisen nach Brüssel teil. Die Informationsreisen werden seitens der Europäischen Kommission finanziert und gemeinsam mit dem BMEIA durchgeführt. Den teilnehmenden Gemeinderätinnen und Gemeinderäten entstehen – abgesehen von der An- und Abreise zu und vom Flughafen Wien – keine Kosten.

Zu den Fragen 9 bis 12:

Ziel der Initiative „Europa fängt in der Gemeinde an“ ist es, in möglichst jeder österreichischen Stadt oder Gemeinde zumindest eine Europa-Gemeinderätin oder einen Europa-Gemeinderat tätig zu sehen. Die Entscheidung darüber obliegt jedoch den einzelnen Gemeinden im eigenen Wirkungsbereich. Das BMEIA steht mit den jeweiligen Gemeinden dazu im Austausch.

Dr. Karin Kneissl

